

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postumschließung) 1903 Nr. 4684) 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. zzgl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr Abends.

Inserate werden die 5 gespaltene Pettzeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Der Tag und Expeditionsort: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Die politische Organisation.

Leipzig, 14. Oktober.

Einundachtzig Mandate hat die sozialdemokratische Partei bei den letzten Reichstagswahlen erobert; allein in Dresden mußte es ausgesprochen werden, daß wir mit unsern 81 Sitzen im Reichstag auch nicht viel mehr werden erreichen können, als früher mit 58. Die Lage hat sich für die Arbeiterklasse gegen früher zwar verschärft, wir sind einem parlamentarischen Konflikt um Sprungweite näher gekommen, allein um so unerbittlicher drängt sich die Frage auf, was wir denn hinter uns haben, wenn es einmal zum Klappen kommt. Und daß uns eine Strafpfote höchst unerwartet über den Hals kommen kann, sollte nach den Vorgängen im vergangenen Winter nicht mehr bestritten werden können. Die Rote Kardorff ist damals in zweimal 24 Stunden dem Staatsstreich auf Armlänge nahe gekommen, sie wußte es vielleicht selbst nicht wie, und wenn ein ähnlicher Tummel sie wieder erfassen sollte, so wird man auf die Reichsverfassung keinen Pfennig mehr zu geben brauchen. Was aber dann?

Je näher wir großen Entscheidungen, um nicht zu sagen: der Entscheidung, im Deutschen Reiche kommen, um so schärfer und unmittelbarer wird das Gefühl vom Ungenügen des Parlamentarismus. Für eine bestehende Klasse und die bürgerlichen Parteien hat der Parlamentarismus einen guten Sinn: jene würdigen Volksmänner, die, mit dem Vorrecht der Unverletzlichkeit ausgestattet, über Wohl und Wehe des Landes beraten, sie sind der Gläubiger- auschuß der Staatschuldentitelbesitzer, und wenn sie die Klasse der Besitzenden, wenn sie die großen Bankiers und kleinen Staatspapierinhaber hinter sich haben, so können sie den Kanonen und Soldaten der Macht haben hochgemut Trost bieten. Allein, was hat eine proletarische Klasse und deren parlamentarische Vertretung hinter sich? Wenn Regierung und herrschende Klassen einig sind, können sie jeden Staatsstreich, jeden Wahlrechtsraub riskieren, können sie im äußersten Falle die Budgetverweigerung einer sozialdemokratischen Reichstagsmehrheit mit Hochladen ignorieren — wohlgemerkt, wenn diese Mehrheit nichts hinter sich hat, als eine unorganisierte Masse namenloser Wähler, einen politischen Flugand, den der letzte Wahlsturm zu einem unterschiedslosen Haufen zusammengewehft hat.

Freilich, wir haben eine politische Organisation, und wir wollen ihre Leistungsfähigkeit nicht unterschätzen. Sie arbeitet musterhaft, wenn man sie mit den politischen Organisationen des Bürgertums vergleicht und sie hat bei den letzten Reichstagswahlen glänzend funktioniert. Allein

das genügt nur, solange die parlamentarischen Machtkämpfe sich innerhalb der gesetzlichen Schranken bewegen, solange der Wahlkampf nichts ist als ein Konkurrenzkampf der Parteien um die parlamentarische Majorität und solange Regierung und Parteien gewillt sind, den Buchstaben der Verfassung unter allen Umständen zu respektieren. Es genügt aber nicht für revolutionäre Zeiten, für Vorgänge, deren Anfang wir im vergangenen Winter im Reichstag und vor 7 Jahren in Sachsen erlebt haben; für solche Katastrophen ist die heutige politische Organisation der Sozialdemokratie unzulänglich. Unsere politischen Vereine sind in der Hauptsache Wahlvereine, sie leisten die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen, sie sind eine zahlenmäßig winzige Elite, die in der Stunde der Gefahr ins Gewehr tritt und die gesetzliche Ausübung der politischen Rechte des Proletariats organisiert, die aber in dem Augenblick außer Funktion gesetzt ist, wo diese Rechte durch einen Machtanspruch, durch einen Gewaltakt der herrschenden Klassen aus der Verfassung gestrichen werden.

Es ist nicht zum wenigsten das Gefühl vom Ungenügen des bürgerlichen Parlamentarismus für das Proletariat, das so manches der Projekte geboren hat, die seit Jahr und Tag die sozialistische Theorie und Praxis unsicher gemacht haben. Nicht nur das psychologische Bedürfnis nach „Machterweiterung“, nein auch die Einsicht in die Grenzen der Leistungsfähigkeit unserer politischen Organisation, die Erfahrungen der sächsischen Wahlrechtsänderung, sind es, die den Gedanken an die Eroberung wirtschaftlicher Positionen, an die Heranziehung der Gewerkschaften zu politischen Aufgaben, an den Generalstreik zc. zc. Vorwärts geleistet haben. In unsern Augen ist es freilich im besten Falle ein Notbehelf, den politischen Kampf durch wirtschaftliche Organisationen stützen zu wollen; die Gewerkschaften, Genossenschaften zc. haben ihre eigenen Aufgaben und mögen vielleicht zu einer vorübergehenden Aktion in den Dienst der politischen Partei gestellt werden, wie Dampfschiffe zur Not zu Kriegsschiffen gechartert werden können, allein eine große, entscheidende Aktion läßt sich auf dieser Grundlage weder ausführen noch abwehren. Und was den Generalstreik betrifft, so ist dieser, wenn daran gedacht werden sollte, eben eine Frage der politischen Organisation, und man könnte vielleicht sonderbare Erfahrungen machen, wenn man sich zu dessen Durchführung auf die Gewerkschaften und deren Klassen stützen wollte. Solange wir aber in Deutschland rund eine Million gewerkschaftlich und, wenn hoch gerechnet, 100 000 politisch organisierte Arbeiter haben, kann der politische Generalstreik oder Massenstreik nur als politischer Verzweiflungsakt, nicht als reguläre Waffe in Betracht kommen.

Wenn man die Vorbedingungen des politischen Massenstreiks schaffen will, so erweitere man die politische Organisation des Proletariats bis zum äußersten Grad der Spannungsmöglichkeit. Das gebietet sich, auch ganz abgesehen von der Frage des Generalstreiks, aus dem bloßen Hinblick auf die politische Situation, wie sie durch den Ausfall der Reichstagswahlen geschaffen ist. Man kennt in bürgerlichen Kreisen die Schwäche des Parlamentarismus als proletarischer Kampfororganisation, und man ist entschlossen, in diese verwundbare Stelle zu stoßen, sobald sich der geringste schickliche Vorwand dazu findet. Wollen wir das verhindern, so gilt es jetzt, im Hinblick auf unsere Erfolge und die politischen Pflichten, die uns diese Erfolge auferlegen, den Unterbau unserer parlamentarischen Aktion zu befestigen, die politische Organisation auszubauen, aus den Wahlvereinen eine Klassenorganisation des Proletariats zu machen, die einen achtunggebietenden Teil der Wählerschaft in sich umfaßt, und die Gegner werden es sich dreimal überlegen, ob sie dann noch den Kampf aufs Heißerste riskieren wollen. Das ist die nächste, die entscheidende Aufgabe, die der 16. Juni der sozialdemokratischen Partei gestellt hat.

Politische Heberstädt.

Die Wahlrechtsreform in Bayern.

Aus München wird uns geschrieben:
Der Regierungsentwurf eines neuen Wahlgesetzes wurde am Dienstag von der Abgeordnetenkammer nach kurzer, wenig aufregender Debatte einem besonderen Ausschuß zur weiteren Behandlung überwiesen. Mit den einzelnen Bestimmungen des Entwurfs waren die Redner der verschiedenen politischen Parteien im allgemeinen einverstanden. Ebenso wurde aber auch einstimmig bedauert, daß die Regierung für das passive Wahlrecht an der Altersgrenze von 30 Lebensjahren festhält. Endlich sind auch alle bürgerlichen Parteien mit der von der Regierung vorgeschlagenen Wahlkreiseinteilung unzufrieden. Besonders der Bauernbündler Silvert betonte, daß seine Freunde ihre Schlussabstimmung davon abhängig machen werden, daß die im Entwurf angelegte vorgesehene Begünstigung der großen Städte beseitigt werde.

Als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion sprach Se g i g. Er bedauerte, daß die Regierung bei dem Entwurf mehr Rücksicht auf die Volkstimmung genommen habe, wie sie bei den letzten Reichstagswahlen zum Ausdruck gekommen ist. Die Fraktion werde nach wie vor mit Entschiedenheit für die prinzipiellen Grundzüge der sozialdemokratischen Partei kämpfen und nicht eher ruhen, bis diese berücksichtigt sind. Die Vorteile, die der Entwurf bringe, erkenne er gerne an und er hoffe, daß mindestens

Seuilleton.

104) (Nachdruck verboten.)

Jena oder Sedan?

Roman von Franz Adam Weyerlein.
XV.

„Freiheit, die ich meine, —“
(von Schenkenborn.)

Unteroffizier von Frielinghausen war für den Herbst zur Oberfeuerwerkerschule in Berlin kommandiert worden. Vorher wurde er ein paarmal in Bornumschäftsangelegenheiten auf das Amtsgericht bestellt. Es handelte sich um die Neuanlage der paar Hundert Mark, die ihm die Mutter hinterlassen hatte.

Der junge Mensch machte in dem sauberen Erdmännchen einen vorteilhaften Eindruck. Er hatte sich das Fahrige und Schlenkriegen in seinen Bewegungen abgewöhnt, seine Gestalt war breiter und männlicher geworden, und auf der Oberlippe begann sich ein kleines Wärtchen zu zeigen. Dabei hatte sein gebräuntes Gesicht den alten, offenen, ein wenig jugenhaft weichen Ausdruck behalten, — alles in allem ein hübscher Kerl, nach dem sich die Frauenzimmer bereits umzudrehen angingen.

Im Wartezimmer des Amtsgerichts saß neben ihm ein junges Mädchen, sehr einfach und schlicht in tiefer Trauer gekleidet. Die jungen Leute langweilten sich beide gleichmäßig. Es war eine dumme Situation. Man hoffte ganz allein in der kahlen Stube und mußte wahre Anstrengungen machen, um immer wieder aneinander vorbeizusehen.

Frielinghausen betrachtete das junge Mädchen verstohlen von der Seite. Es war ein hübsches, frisches Ding mit einem lieben Gesicht, das blühend und jung aus der schwarzen Halskrause herausschaute. Sie hielt die Augen gefenkt und starrte unverwandt den staubigen Fußboden an. Der Unteroffizier fand vor allem die langen Wimpern schön, die so beharrlich die Wangen beschatteten.

Da blickte das Fräulein auf, und er sah angelegentlich zum Fenster hinaus in die Nische eines alten Lindenbaumes. Dabei fühlte er deutlich, wie das junge Mädchen feinerseits nun ihn musterte. Schließlich gerieten sie in ein Gespräch. Es war ja auch zu töricht, so lange stumm nebeneinander zu sitzen.

Weshalb man hier saß und wartete, darauf kam natürlich die Rede zuerst. Und es war sonderbar, wie gleichartig es ihnen im Leben ergangen war.

Das junge Mädchen hatte Erzieherin werden wollen. Da war plötzlich der Vater, ein pensionierter Oberlehrer, gestorben, das Geld zur Vollenendung der Studien mangelte, — so hatte sie sich entschlossen, eine Stelle als Handarbeitslehrerin anzunehmen. Im Herbst gedachte sie ihr Amt anzutreten.

Frielinghausen erzählte ihr nun treuherzig sein hartes Geschick. Aber so ganz subaltern wollte er der jungen Dame doch nicht erscheinen. Deshalb schilderte er die Stellung eines Feuerwerkers und besonders die eines Feuerwerksoffiziers mit ziemlich hellen Farben. Sonst blieb er streng bei der Wahrheit. Es war ihm, als ob eine gute Schwester ihm zuhörte, und es tat ihm wohl, von der jungen Leidensgenossin getröstet zu werden.

Die wurden beide ein zweites Mal auf das Gericht bestellt. Der Zufall wollte es, wiederum fast um die

gleiche Zeit. Als sie einander in dem kahlen Wartezimmer wiedersehen, grüßten sie sich mit einem freundlichen Lächeln. Sie plauderten abermals wie zwei gute Kameraden, und am Ende hätten sie gewünscht, noch ein wenig länger warten zu müssen.

Frielinghausen war es, der sich mit der Bitte um einen gemeinsamen Sonntagsspaziergang hervorgetraute. Das Mädchen, Namens Bertha Kay, willigte nach einigen Zögern ein. Der verstorbene Vater hatte fast keine Bekannten in dem Städtchen gehabt, sie selbst war seit Jahren in dem Lehrerinnenseminar gewesen, und was kümmerte es sie schließlich, wenn ihr ein paar hübsche Jungen etwas Schlechtes nachsageten? Sie stand ja doch im Begriff, in kurzer Zeit die Stadt zu verlassen.

Und zu alledem: sie kam sich eher wie eine mütterliche Freundin vor, der da der hübsche Junge sein Leid klagte. Obwohl er fast genau in ihrem Alter war, konnte sie ihn nicht recht ernst nehmen. Er war noch gar zu unreif, aber sein bedrücktes Herz mochte er ihr immerhin ausschütten.

Sie schenkte Frielinghausen also die drei Sonntagsnachmittage, die sie noch in dem kleinen Nette zu verleben hatte, und es konnte ihr keiner inniger dafür dankbar sein als er.

Es war das erste Mal seit dem Tode der Mutter, daß er mit einem Menschen wieder über etwas anderes reden konnte als über Dienst und Pferde, über ruppige Vorgesehte und stocknumme Kanoniere. Er grub alte Erinnerungen vom Gymnasium wieder aus und schalt sich zuweilen insgeheim, wie wenig er sich in jenen längst vergangenen glücklichen Jahren angeeignet hatte. Fräulein Bertha besaß viel gründlichere Kenntnisse als er,